



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

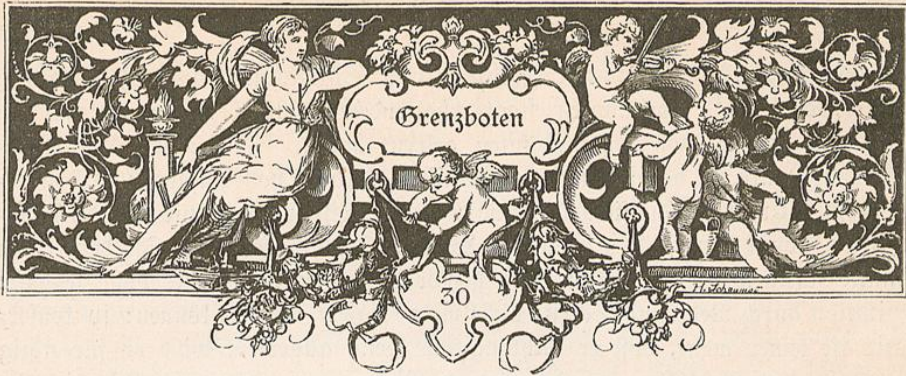
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Was lehren uns die Wahlen?

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Was lehren uns die Wahlen?



ollen wir uns freuen oder grämen, daß die Reichstagswahlen vorüber sind? Ach, der Geschmack ist heutzutage gar zu verschieden; es giebt Leute, denen das Wählen ein großes Vergnügen ist, während andern nichts so sehr zuwider ist als neue Wahlen. Die Sozialdemokraten, die desto bessere Geschäfte machen, je öfter gewählt wird, werden durch noch so häufiges Wählen nicht ermüdet und sind stets zu neuen Abstimmungen aufgelegt. Dagegen hört man aus den Reihen des etwas bunt und wenig übersichtlich zusammengesetzten Heeres ihrer Gegner von Zeit zu Zeit den Ruf erschallen, daß man müde sei und „Ruhebedürfnis“ empfinde. Man könnte ja nun für die Müdigkeit nach den letzten Reichstagswahlen die bekannte in jedem „Hochsommer“ die Parlamentarier so sehr bedrückende „Hize“ verantwortlich machen, wenn man nur nicht aus Erfahrung wüßte, daß nach jeder Wahl und zu jeder Jahreszeit ein Chor von Stimmen Ruhe und Nichtsthun als die erste Bürgerpflicht empfiehlt. Die „Wahlmüdigkeit“ muß also doch ihre besondern, in der Wahl selbst liegenden Gründe haben.

Nach dem äußerlich so auffallend ruhigen Verlauf der Suniwahlen zu urteilen, müßte eigentlich alle Welt diesmal recht fröhlich und zufrieden sein. Ruhe wurde schon während den Wahlen von allen Stationen gemeldet, die paar Ausläufe und Krawalle, die sich ereigneten, waren bedeutungslos und konnten dem Gesamtbilde kein andres Gepräge geben. Und doch haben es die Parteien an Agitation nicht fehlen lassen; auch die „Freisinnige Zeitung“, deren Partei mit wenig Glück gefochten hat, hat gefunden, daß man sich wenigstens den natürlich sehr schlimmen Vorwurf nicht zu machen brauche, nicht genug agitirt zu haben. Sogar dem „Vorwärts“, dessen Wahlspruch: „Agitiren, erziehen, organisiren“ lautet, entfuhr nach dem 15. Juni ein „Uff“

der Erleichterung. Nicht nur Freisinn und Sozialdemokratie haben kräftig agitirt, auch die sogenannten staats-erhaltenden Parteien haben diesmal gezeigt, wie viel sie von den Radikalen gelernt haben. Die Stärke der Wahlbewegung wäre am besten durch den Massenverbrauch von Papier und Druckschwärze festzustellen, die sie gekostet hat; zentnerweise wie noch nie sind die Flugschriften von hüben und drüben ins deutsche Land gegangen. In dem einen Punkte scheinen wir Deutschen einig geworden zu sein, daß wir ohne lebhafte Agitation durch Rede und Schrift nicht mehr regiert werden können; so konservativ ist keiner mehr, daß er nicht agitirte, denn allgemein wird es für nötig gehalten, das Volk bis auf den letzten Mann „aufzuklären,“ selbst die Regierung muß uns aufklären, um ihren Willen durchzusetzen, und Aufklärung und Agitation gehen Hand in Hand. Es handelt sich aber vor allem darum, uns aufzuklären, für welche von all den ehrliebenden Parteien wir stimmen, und welchen von all den achtungswerten Kandidaten wir wählen sollen, und das ist keine Kleinigkeit, die umstrittenen Wähler haben die Wahl und die Qual.

Wenn man sich damit begnügte, massenhaft zu reden, zu predigen, zu drucken, möchte der bittere Nachgeschmack einer solchen Wahl noch einigermaßen erträglich sein, aber Krieg ist Krieg, und im Kriege kann es überhaupt mit den angewandten Mitteln nicht so genau genommen werden. Notlügen sind von jeher erlaubt gewesen, und Wahllügen gelten fast als Notlügen. Es bleibt nicht bei allerlei Kniffen und Pfiffen, auf die sich unsre in der Reklame und der Technik so bewanderte Zeit natürlich ausgezeichnet versteht. Warum sollte nicht der Herr auf den Diener, der Unternehmer auf den Arbeiter, der „Genosse“ auf den „Genossen“ seinen „Einfluß“ ausüben, auch wenn er mit einem „gelinden Druck“ verbunden ist? Der Herr freut sich, wenn er es erreicht, daß seine Leute abstimmen, wie er will, aber er bedenkt nicht, daß sie gerade durch sein Verhalten die Wichtigkeit des Wahlzettels gewahr werden, und daß sie leicht auf den Einfall kommen können, sich einmal in einem ihm nicht genehmen Sinn an der Wahl zu beteiligen. Durch die mancherlei Wahlunregelmäßigkeiten, von denen die Zeitungen berichten, wird auch ein gewisses Mißtrauen gegen die völlige Richtigkeit der Wahlergebnisse erzeugt, besonders wenn die Mehrheit der siegenden Kandidaten nur ganz gering ist. Alle solche Dinge sind nicht geeignet, die Volksmoral zu erhöhen. Aber freilich ist das Wählen nicht zu dem besondern Zweck erfunden worden, das Volk moralischer zu machen.

Was diese Suniwahlen außer der vielen Agitation und den, wie es scheint, vielen Unregelmäßigkeiten, an die sich nun Wahlproteste anschließen werden, noch auszeichnete, sind die vielen Parteien und Parteischattirungen und die vielen Kandidaturen nebst den vielen Stichwahlen. Was für eine schwere Aufgabe ist es für den armen Wähler, der sich wirklich eine eigne Meinung bilden will, unter den verschiedenen Parteiprogrammen das beste

herauszufinden! Der Wähler, der es ernst meint, muß zuweilen zu glauben geneigt sein, daß der Staat, der die Entscheidung vertrauensvoll in seine Hände legt, doch allzuviel von ihm verlange. Manche Kandidaten schmücken sich noch nebenbei, um ihm das Leben recht schwer zu machen, mit allerlei persönlichen Anschauungen, die sie nicht versäumen ihm vorzutragen, reiten irgend ein Steckenpferd oder schwärmen für irgend eine noch nicht dagewesene Lieblingssteuer. 180 Stichwahlen sind die Folge der großen Zahl der Parteien und Kandidaturen gewesen, und nach einer in den Zeitungen erschienenen Rechnung waren uns insgesamt 1401 Kandidaten beschert worden, wenn nicht etwa, was leicht möglich ist, noch einige vergessen sein sollten. Das schöne Ergebnis all dieser Wahlen ist ein ganz neuer Reichstag, auf den jeder, dem es beliebt, so viel Hoffnungen setzen kann, wie der Wucherer Zahlen auf einen Blankowechsel.

Man könnte nun immerhin mit all den sauern Anstrengungen der Wahlen noch zufrieden sein, wenn man nun wirklich wüßte, woran man wäre. Es ist merkwürdig, wie wenig die Reichstagswahl die Volksmeinung gerade in der Frage, die zunächst auf der Tagesordnung stand, zum klaren und unzweideutigen Ausdruck gebracht hat. Die ganze Verfahrenheit unsrer Zustände wird durch nichts besser gekennzeichnet als durch die bis zum letzten Augenblicke andauernde Unsicherheit über das Schicksal der Militärvorlage. Vor dem 15. Juni konnte niemand wissen, ob die Ja- oder Reinsager die Mehrheit bekommen würden. Nach diesem Tage wagte man es, die Anzahl der Freunde der Vorlage auf vier, fünf oder zehn mehr als die der Gegner zu schätzen. Aber es mußten die Stichwahlen abgewartet werden, deren Ausgang ebenfalls nicht mit völliger Sicherheit voraussehen war. Ja selbst nach Beendigung des ganzen Wahlgeschäfts konnten noch Zweifel laut werden, ob nicht verschiedene Abgeordnete, die für Freunde gehalten worden waren, vielmehr Feinde der Heeresverstärkung wären. Also bei einer so wichtigen Angelegenheit wie der Sicherheit des Reichs und der Bedeutung seiner europäischen Machtstellung bleibt es wie bei einem Hazardspiel lange Zeit im unklaren, ob die rollenden Würfel auf Gerade oder Ungerade zu fallen geruhen. Und nach der Wahl müssen zwar die Reinsager zugestehen, daß sich eine Mehrheit von Abgeordneten für die Vorlage finden werde, aber sie können mit einem Schein des Rechts behaupten, daß sich der größere Teil des Volks dagegen entschieden habe, weil 2-300000 Stimmen mehr dagegen als dafür gezählt werden könnten. Sind das erfreuliche Zustände? Wo steckt der Fehler?

Es war ein großer Irrtum, anzunehmen, daß es sich bei dieser Reichstagswahl ausschließlich oder auch nur in erster Linie um die Annahme oder Ablehnung der nach Herrn von Huene's Anträgen abgeänderten Vorlage gedreht habe. Das Volk interessierte sich keineswegs in demselben Grade wie die Sachverständigen vom Militär für das Schicksal des „Antrags Huene.“

Es ist ein häufiger und erklärlicher Irrtum, daß man bei andern dasselbe Interesse voraussetzt, das man selber hat. Trotz der langen Zahlenreihen über das deutsche und die fremden Heere, die man den Wählern vor Augen geführt hat, ist die Notwendigkeit der Verstärkung nicht allgemein eingesehen worden. Welcher Deutsche sollte sich auch einreden lassen, daß wir, die wir 1870 glänzend gesiegt haben, wir, die wir ein militärisches Volk in Waffen sind, wir, bei denen die Fürsorge für die lieben Soldaten über alle andern Rücksichten geht, mit einemmal nicht einmal für die Verteidigung stark genug sein sollen? Daß wir aber eines stärkeren Heers als die Nachbarstaaten bedürfen, um im Kriegsfall nach guter deutscher Art gehörig angriffsweise vorzugehen, hat man sich geschent mit der wünschenswerten Deutlichkeit zu sagen. Der Großherzog von Baden hat in einer vorzüglichen Ansprache eine Wendung gebraucht, die man vielleicht in dem Sinne, wie wir es meinen, zu verstehen berechtigt ist. Unsrer Soldaten sind nicht bloß des lieben bewaffneten Friedens, sondern auch des Krieges wegen da; man kann das sagen, auch wenn man an sich den Frieden will, so lange eben Friede möglich ist. Der beständige klawende Widerspruch zwischen Friedensbeteuerungen und gesteigerten Rüstungen, der auch dem letzten Mann im Volke mittlerweile befremdlich geworden ist, hat zur Folge, daß der Mann gegen das ihm gleichgiltige Gerede kühl bis ans Herz hinan wird und seines Weges geht. Wir sind nach allen unsern Beobachtungen der festen Überzeugung geworden, daß es nicht die Militärvorlage gewesen ist, die der Abstimmung bei den Reichstagswahlen die Bahn gewiesen hat. Auch ohne diese Vorlage wäre das Ergebnis im wesentlichen dasselbe gewesen, Antisemiten und Sozialdemokraten wären auch so mit bedeutendem Zuwachs in den Reichstagsaal eingezogen, die Freisinnigen wären auch so zurückgegangen. Es hätte auch gar keinen Zweck, noch einmal wählen zu lassen, man würde dasselbe Ergebnis wieder haben, nur vielleicht noch etwas deutlicher.

Der Fehler, die Militärvorlage für das ausschlaggebende Gewicht bei den Neuwahlen gehalten zu haben, hat sich denn auch an denen, die ihn gemacht haben, gerächt. Da ist zunächst Eugen Richter, der mit der blaffen Parole in den Wahlkampf zog: Opposition gegen das von der Regierung gewünschte Gesetz. Ein Unglück kommt nie allein, Richter hat den Abfall von Fraktionsgenossen und den Verlust von so und so viel Sitzen zu beklagen. Das Zentrum und die Sozialdemokraten sind klüger gewesen als der überzeugungstreue Freisinn, sie haben sich wohl gehütet, alles auf die eine Militärkarte zu setzen, und haben den Wählern auch von andern großen Dingen erzählt, die sie sich zu ihrem Besten vorgenommen hätten. Ein Teil der Freisinnigen scheint, wenn man dem „Berliner Tageblatt“ glauben darf, den Fehler entdeckt zu haben, sie überlegen, ob es nicht besser wäre, „einen Tropfen (!) sozialpolitischen Oles in sich aufzunehmen.“ Übrigens begann Richter schon

viel früher ahnungslos in das kommende Unglück hineinzurennen, nämlich als er in der berühmten Zukunftsstaatsdebatte, von allen Seiten bejubelt, die Sozialisten, die ihm über sind, durch seine schönen Reden gegen einen nur auf dem Programm stehenden, eingebildeten Zukunftsstaat umzubringen versuchte.

Aber Richter ist nicht der einzige, an dem sich begangne Fehler rächen. Es ist sehr fraglich, ob die Regierung, die Richters Zukunftsstaatsreden vielleicht nicht ungern mit angehört, und die die Militärvorlage als einzige Wahlparole ausgegeben hat, mit den vollzogenen Wahlen ganz zufrieden ist. Freilich, sie wird die von ihr so dringend ersehnte Vermehrung der Truppen durchsetzen, und sie hat Ursache, darüber erfreut zu sein. Denn, wie die Dinge nun einmal liegen, wird das Ansehen Deutschlands in gewisser Beziehung wachsen, unsre Kriegsbereitschaft wird gesteigert werden. Die Elsaß-Lothringer überzeugen sich allmählich, daß sie besser thun, sich mit den deutschen Verhältnissen zu befreunden, das gesamte Ausland ist geneigt, an die Überlegenheit der Deutschen in einem künftigen Feldzuge zu glauben. Sa man kann in der erhöhten Kriegstüchtigkeit sogar eine Niederlage der Sozialdemokratie erblicken, insofern die Sozialdemokratie, die den „Militarismus“ vernichten möchte, von jeder militärischen Stärkung ähnlich wie von jedem Kriege ein zeitweiliges Zurückdrängen der sozialistischen Bewegung befürchten muß. Aber in allem übrigen sind die Wahlen eine ernste Warnung für die Regierungen. Vermehrung des Heers ist keine Hilfe gegen den „innern Feind.“ Die Suniwahlen haben wenigstens den einen Nutzen gehabt, zu zeigen, welchen hohen Wert die Massen des Volks auf die richtige Behandlung wirtschaftlicher und sozialer Fragen legen. Man ist sogar genötigt, den Parteien, die gegen die Militärvorlage aufgetreten sind, ein gewisses Verdienst zuzuerkennen, weil sie die Wichtigkeit der Deckungsfrage nachdrücklich hervorgehoben haben. Man geht kaum zu weit, wenn man vom wirtschaftlichen und sozialen Standpunkte aus die Wahlen kurzweg als oppositionelle Wahlen bezeichnet. Es kann weder im „alten“ noch im „neuen Kurse“ ewig so weiter gehen, wir müssen uns auf Gebiete hinauswagen, die wir bis jetzt nicht recht den Mut hatten zu befahren.

Das Parteiwesen befindet sich in einer Übergangsperiode, in der nicht nur jede einzelne Partei, sondern auch die Regierung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Die politischen Parteien erhalten dadurch, daß sich die wirtschaftlichen Interessentengruppen und die Berufskreise mit ihren Wünschen und Beschwerden an sie hinandrängen, ein ganz verändertes Aussehen. Landwirte, Kaufleute, Handwerker, Beamte verlangen immer dringender die Berücksichtigung von Lebensfragen, die sie nahe angehn, und wollen immer weniger von den alten politischen Parteischablonen wissen. Die Stimmenzahl, über die die Stände und Klassen verfügen, steht der Partei in Aussicht, die sich um ihre Forderungen zu kümmern verspricht. Da nun aber nicht immer die Interessen des einen auch die des andern sind, alle aber nach Befriedigung

streben, so machen sich die Parteien einander immer schärfere Konkurrenz, um sich gegenseitig Stimmen abzujagen, und haben immer mehr Mühe, in den Wahlkreisen eine Mehrheit von Stimmen an sich zu fesseln. Der Handwerker würde, wie er es bei dieser Reichstagswahl öfter ausgesprochen hat, am liebsten seines gleichen, einen Handwerker, wählen und stimmt nur notgedrungen für eine politische Partei, der Landwirt zöge es gleichfalls vor, einen Landwirt zu wählen, anstatt konservativ oder nationalliberal zu stimmen, und so weiter. Daher erklärt sich auch ein gewisser demokratischer Zug, der den letzten Reichstagswahlen anhaftete, indem sich die verschiedensten bürgerlichen Berufskreise mehr als jemals zuvor um Mandate bewarben bis zum Volksschullehrer und Postassistenten herab. Auf dieselben Gründe geht die Abneigung gegen die einseitig von den großstädtischen Parteileitungen ausgesuchten Kandidaten, die sich hie und da gezeigt hat, und die kein eigentlicher „Partikularismus“ ist, zurück. Es ist dem Kaufmann, der vielleicht liberal gestimmt hat, nicht gerade um den „Liberalismus“ zu thun gewesen, ebensowenig dem Handwerker, der etwa konservativ gewählt hat, um die politische „Reaktion“ im ältern Sinne des Wortes. „Konservativ“ ist nicht mehr konservativ, „liberal“ ist nicht mehr liberal, diese Begriffe sind nicht mehr zu umgrenzen. Der Regierung aber wird es nun schwerer und schwerer, mit Hilfe der parlamentarischen Parteien das Staatsschiff gut und sicher zu steuern. Das Schicksal wirtschaftlicher und sozialpolitischer Vorlagen ist bei der bunten Zusammensetzung des Parlaments und bei der Verquickung von Politik und Berufsinteresse völlig unberechenbar.

Schon die Ansprüche, mit denen die bürgerlichen Berufskreise durch die Vermittlung des Parlamentarismus an sie hinantreten, sowie die Notwendigkeit, sich mit den sogenannten bürgerlichen oder auch „staatserkhaltenden“ Parteien, die unter sich nicht einig sind, zu verständigen, machen es der Regierung schwer, den rechten Weg zu finden; aber wie bedrohlich und gefährlich erscheint ihr nicht erst das ungestüme Drängen einer sich bei jeder Reichstagswahl verstärkenden unbürgerlichen Partei, die die parlamentarische Vertretung der großen arbeitenden Masse an sich gerissen hat! Die Sozialdemokratie hat sich, wie jeder urteilsfähige Politiker voraussehen mußte, wieder eine Reihe neuer Mandate erobert. Unter den 397 Abgeordneten werden 44 sein, die den sogenannten „Umsturz alles Bestehenden“ wollen, während die übrigen die sogenannte „Erhaltung des Bestehenden“ wollen. Die Sozialdemokratie war mit dem Schlachtrufe: „Das ganze Deutschland soll es sein“ in den Wahlkampf gezogen und hatte fast in allen Wahlkreisen ihre „Arbeiterkandidaten“ mit den der bürgerlichen Welt meist merkwürdig unbekannt erscheinenden Namen aufgestellt. Ihr größter Erfolg ist die Eroberung der Großstadt gewesen, die bekanntlich in Deutschland an der Spitze der Zivilisation marschiert. „Wenn auch das deutsche Reich sich nicht rühmen kann,“ schrieb der »Vorwärts,« „an der Spitze der Zivilisation zu marschieren, so

gebührt diese Ehre doch ohne Zweifel der Hauptstadt des deutschen Reichs. Berlin ist die Hauptstadt des internationalen Sozialismus geworden — und der Sozialismus ist die Zivilisation. [Gut gebrüllt, Löwe!] So erobert die Sozialdemokratie von ihrer Hochburg Berlin aus sich immer weitere Kreise.“ Die Sozialdemokratie ist damit unzufrieden, daß Berlin nur sechs Wahlkreise hat, aber merkwürdigerweise wird sie dafür durch etwas entschädigt, was zu den modernen „Imponderabilien“ gehört. Die großen Zahlen, die die „Koryphäen“ der Partei, Liebknecht, Singer u. s. w., in Berlin erzielen, imponieren sicherlich den Philistern im ganzen Reich. Entsprechend der weitem Ausbreitung der Partei ist die lächerliche Angst vor ihr und der ohnmächtige Haß gegen sie gestiegen. In vielen Wahlkreisen verkündeten die bürgerlichen Parteien die Sozialdemokratie als den „gemeinsamen Feind.“ Trotzdem hat sich auch eine nicht geringe Zahl von „Kleinbürgern“ und „Kleinbauern,“ die mit ihrer Lage unzufrieden sind, der extremsten aller Parteien zugewandt, jedenfalls ein beachtenswertes Anzeichen. Dadurch, daß diese den Arbeitern nächststehenden Schichten der Bevölkerung bei Stichwahlen häufig gezwungen sind, entweder einen ihnen nicht sympathischen bürgerlichen Kandidaten oder den Sozialdemokraten zu wählen, gewöhnen sie sich noch schneller daran, gleich in der Hauptwahl mit den Arbeitern zusammenzugehen.

Die verkehrten Urteile über die Sozialdemokratie, die eine solche Wahlbewegung an den Tag fördert, sind einfach trostlos. Die einen möchten die Wahl sozialdemokratischer Abgeordneter schlechtweg für ungültig erklären, die andern schreien nach öffentlichen Wahlen statt der geheimen, die einen klagen die kaiserlichen Erlasse und die sozialen Reformen als verderbenbringend an, die andern möchten die Sozialdemokratie am liebsten „töten.“ Man begreift nicht, man will nicht begreifen, daß zwischen Sozialdemokratie und Sozialdemokratie ein großer Unterschied ist. Da ist einerseits die politische Partei mit ihren Abgeordneten, ihren Redakteuren, ihren Volksrednern, die man anklagen und verurteilen kann, da ist aber andererseits die Arbeiterschaft, der vierte Stand, mit dem man wohl oder übel zusammenleben muß. Die Arbeiter, die sich an eine Partei um Vertretung ihrer Berufsinteressen wenden, handeln nicht anders als die Handwerker und die Landwirte, die sich auch an die ihnen passenden Parteien wenden. Die Sozialdemokratie hat unleugbar für die Arbeiterklasse manches Gute zu erwirken gewußt, und man hört es zuweilen unbefangene Angehörige der besitzenden Klassen offen eingestehn, daß sie als Arbeiter wahrscheinlich auch Sozialdemokraten sein würden, eben aus Standesinteresse.

Bedrohlich ist es weder, daß es einen vierten Stand giebt, noch daß er seine Rechte zu erweitern, seine Arbeit zu schützen, seine Löhne zu erhöhen, seine Behandlung zu verbessern, seine Schulbildung zu vermehren sucht, sondern bedrohlich ist auch hier allein, daß sich Politik und Beruf, politisches und

Berufsinteresse verquicken. Die Sozialdemokratie macht die Arbeitersache zur Parteisache, sie will mit Hilfe der Masse, die die meisten Stimmen zur Verfügung hat, an die Regierung gelangen. Die Aussichten auf ihren Sieg sind groß, sie selbst zweifelt nicht an ihrem endlichen Erfolge; warum sollten ihr nicht mit der Zeit die sämtlichen Arbeiterstimmen ohne Ausnahme zufallen? Wie sie es macht, um zu gewinnen, das spricht sie offen aus; sie befolgt systematisch diese Taktik: „alle Waffen, die der Klassenstaat bietet, namentlich das Wahlrecht, gegen den Klassenstaat und zur Erkämpfung der sozialistischen Gesellschaftsorganisation zu gebrauchen.“ (Vorwärts, 4. Juli 1893.) Wenn wir der Ansicht wären, daß das „Volk“ nur die sozialdemokratischen „Arbeiter“ wären, so würden wir nicht lange fragen: „Was nützen dem Volke die Reichstagswahlen?“ Von dem allgemeinen Wahlrecht hat die Sozialdemokratie den politischen Nutzen, und die Arbeiter haben neben den wirtschaftlichen Vorteilen, die ihnen durch den freien Willen des Staats oder durch den gesellschaftlichen Fortschritt zu teil werden, auch die, die die sozialdemokratische Partei für sie auf dem Wege des Parlamentarismus zu erreichen vermag. Die Arbeiter allein sind aber nicht das Volk und werden es niemals sein, was man auch unter einer kommenden „sozialistischen Gesellschaftsorganisation“ verstehen mag, wir werden nie ein Volk von lauter „Arbeitern“ sein, sodaß die sozialdemokratische Parteipolitik mit dem gesamten Volkswirtschaftsbetriebe zusammenfiel; deshalb fragt es sich, ob nicht die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und des ganzen Volks auf bessere Art als durch die Vermittlung der politischen Parteien gewahrt werden können.

Man kann nicht sagen, daß die Sozialdemokratie mit dem allgemeinen Wahlrecht Mißbrauch treibe, indem sie alle andern Parteien zu überflügeln und selbst die einzige herrschende Partei zu werden sucht. Das allgemeine gleiche Wahlrecht verlockt sie geradezu zu der Täuschung, die Gesamtheit mit der Arbeiterklasse gleichzusetzen und sich selbst, als die Vertreterin der Arbeiter, für die rechtmäßige Vertretung der Gesamtheit zu halten. Jeder Beruf, der sich zum Vertreter aller andern Berufe aufwirft, überhebt sich in derselben Weise wie die Sozialdemokratie; der Bund der Landwirte zum Beispiel ist nicht berechtigt, für den Zweck seiner Gründung die wirtschaftliche Hebung aller Berufsstände auszugeben. Alle diese Überhebungen führen heutzutage nur eine Verschärfung des politischen Parteikampfes und damit wiederum eine ungenügende Würdigung der Interessen einzelner Berufsstände herbei. Die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen sollten auf einen andern Boden als auf den des allgemeinen Wahlrechts verlegt werden, dieses ist ein Hindernis für die Gesellschaftsorganisation der Zukunft, nach der die Arbeiter, Handwerker, Bauern und die andern streben. Hieraus folgt, daß die Berufsstände auch durch den neuen Reichstag nur mehr oder minder dürftig werden abg gespeist oder vielleicht sogar arg enttäuscht werden. Eine „Wirtschaftliche Vereinigung“

im Reichstage würde nur dann Erfolge haben, wenn sie innerhalb des Parlaments eine völlige Umbildung der alten Parteien hervorzurufen vermöchte; aber das ist schon deshalb nicht anzunehmen, weil die Arbeiter, was ja leider selbstverständlich ist, der „Vereinigung“ fernstehen. Es ist möglich, daß wieder eine Anzahl neuer und gutgemeinter Gesetze gegeben werden wird, aber was kann das nützen? Was kommt dabei heraus, wenn die Landwirte, die Handwerker und die Arbeiter von oben mit Reformen beglückt werden, die, wie sich hinterher immer wieder herausstellt, nicht nach ihrem Sinne sind? Man hätte sie in irgend einer Weise vorher ordentlich befragen sollen, man hätte ihnen eine praktische Organisation geben sollen. Die Befragung des gesamten Volks durch allgemeine Wahlen oder auch durch ein Plebiszit oder ein Referendum hat nur dann einen Sinn, wenn wirkliche Angelegenheiten der Gesamtheit zur Entscheidung stehen. Man hätte z. B. die Volksmeinung über die Militärvorlage nur dadurch mit aller Sicherheit bestimmen können, daß man das Volk mit Für oder Wider allein über diese Vorlage, ohne Einmischung fernliegender wirtschaftlicher Interessenfragen, hätte abstimmen und wählen lassen. Man hätte dann vielleicht gefunden, daß auch der deutsche Proletarier nicht gegen die Soldaten und das Kriegsspiel ist, wenn er zugleich die Aussichten auf Verbesserung seiner Lebensstellung wachsen sieht. Wenn man einmal wählen läßt, sollte es auch zweckmäßig geschehen. Die Abgabe eines einzigen Wahlzettels, der gewissermaßen als Passpartout für die verschiedenartigsten Vorstellungen gilt, ist ein plummes Mittel.

Bei dem heute noch bestehenden Mangel an Organisation trägt das allgemeine Wahlrecht dem Stande, der die Stärke und Grundlage der Nation ist oder sein sollte, dem Mittelstande, am wenigsten ein. Der Mittelstand würde eine Macht sein wie die Arbeiterklasse, wenn er sich wie diese zu einer festgeschlossenen Masse zusammenzuballen vermöchte. Aber was sein Vorzug ist, ist auch sein Fehler: die Mannigfaltigkeit seiner Zusammensetzung. Soldat ist Soldat, und Fabrikarbeiter ist Fabrikarbeiter, aber wer ist der Mittelstand? Wenn wir an den unabweislichen Ruin des Mittelstandes glaubten, so würden wir weder über das allgemeine Wahlrecht noch über die Organisation der Berufe, über die Möglichkeit einer Berufsvertretung, eines Wirtschaftsparlaments u. dgl. Worte verlieren. Aber wir sind überzeugt: es wird stets breite mittlere Schichten geben, die zwischen Reich und Arm, Mächtig und Gering die Bindeglieder bilden. Heute hat der Mittelstand fast das Bewußtsein seiner Besonderheit verloren. Was geht ihn konservativ und liberal an, er ist etwas für sich; zu ihm gehören nicht nur die Handwerker, wie man zuweilen fälschlich behauptet, sondern auch kleine Grundbesitzer, Beamte, Lehrer, Geistliche, besser gestellte Arbeiter in Menge. Thäten sich alle diese Bestandteile zusammen, um durch ihre Stimmenzahl parteiisch zu wirken, so könnten sie auch schon unter dem allgemeinen Wahlrecht größern Einfluß als bisher gewinnen. Aber

ihre Zeit wäre doch erst gekommen, wenn sich auf ihren kräftigen Schultern der Aufbau der neuen Gesellschaftsorganisation vollzöge, wenn jeder Stand selbst energisch für sein Dasein einträte, wenn eine echt nationale Wirtschaftspolitik die Lösung würde. Jetzt erlaubt sich sogar die Lieblingspartei des allgemeinen Wahlrechts, die Sozialdemokratie, den Mittelstand an sich heranzulocken, indem sie ihm in grellen Farben vorhält, was alles an ihm gefündigt wird: „Hinter der Militärvorlage, hinter dem Militarismus — schreibt der »Vorwärts« — steht das kapitalistische Gesellschaftssystem, das auf der Ausbeutung und Knechtung des arbeitenden Volks beruht und den Mittelstand in Stadt und Land: die Handwerker, Bauern und Kleingewerbetreibenden jeder Art unbarmherzig zu Grunde richtet und in einem »starken Heer« seine festeste Stütze, in dem allgemeinen Wahlrecht die größte Gefahr sieht.“ Die Sozialdemokratie, die sich als Retterin des Mittelstandes aufspielt, das ist lächerlich und traurig in einem Atem! Sie spielt die Rolle des Arztes, der dem Patienten die Fortsetzung der bisherigen Lebensweise unbedingt verbietet und ihm Beschränkung des Daseinsgenusses oder eine Hungerkur empfiehlt, und bestreitet dabei wie der Arzt, daß sie ein Feind des Patienten sei. Die Diagnose der Sozialdemokratie ist nur halb richtig, und die Therapie ist ganz verkehrt, befördert eigensüchtig nicht das Wohl des Mittel-, sondern das des Arbeiterstandes. Die Macht der Partei beruht darauf, daß sie die politische und die wirtschaftliche oder gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter, die zu ihr stehen, neben einander hergehen läßt und ihre Parteitage sowie ihre Gewerkschaftskongresse abhält; diese Taktik ist sehr angebracht und sehr nachahmenswert. Wenn einmal eine Regierung, um dem unausgesetzten Anschwellen der Sozialdemokratie zu begegnen, diese Wahlparole für das gesamte Volk ausgeben wollte: Trennung der politischen und der wirtschaftlichen Interessen, organisatorische Fürsorge für alle, so würden die natürlichen Gruppen „wie Krystalle zusammenschießen,“ und die Gesellschaftsorganisation wäre sofort da. Zugleich würde aber auch das Ende der Sozialdemokratie dasein. Bis es aber dahin kommt, werden wir wohl leider noch öfter in dem alten Stile wählen müssen!

